

Wöchentlicher Anzeiger

für Tenebern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 10.— RM., Restzeile 20.— S.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10.
bis Freitag vor mittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände kommen.
Erscheint wöchentlich 8 mal, und zwar Sonntag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Inland mit Porto 125.00 RM.
von anderen Ländern 130.00 RM.
Einzelpreis 11.00 RM.

Bezugsjahre und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von anderen Orten nach allen Belegen gehalten angenommen.

Redaktion: Postfach 10, Tenebern.

№ 148

Dienstag, den 19. Dezember 1922

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

Der Reichstag war in die Weihnachtsferien; er war zwischen dem 18. und 17. Januar wieder zusammenzutreten.
Amerika beschließt, in etwa 2—3 Wochen eine Weltkonferenz nach Washington einzuberufen.
Poincaré erzieht vor der Kammer ein einfaches Vertrauensvotum.
Das englische Parlament wurde mit einer Vorlesung des Königs geschlossen.
Oberpräsident Göring hat gegen die „Salische Bestimmung“, gegen den „Miesbacher Anzeiger“ und gegen den „Berliner Diktator“ in Stuttgart Strafentwurf wegen Verleumdung gestellt.
In Moskau wurde die russisch-sinnliche Konferenz eröffnet.
Der Dollar sank an der Berliner Börse bis auf 654 Mark.

Lord Grey kennt um.

Im diesen Monat Juli 1914 war der englische Minister des Auswärtigen, Grey, einer der wichtigsten Kriegsführer; er war der Mann, der am 29. Juli das einflussreiche Wort zu den Vorkriegsministern Frankreichs und Großbritanniens sprach: „Wenn diese beiden Staaten in den Krieg gegen Deutschland eintreten, wird England nicht zurückbleiben.“ Danach waren alle ferneren Bemühungen um Berlin, den Frieden zu erhalten, umsonst.
Sir Edward Grey, der während des Krieges wegen eines ihm zuzuschreibenden Augenleidens von seinem Posten zurücktrat und zum Lord ernannt wurde, hat nicht nur die Kriegsvorbereitungen der Entente in den langen Jahren seiner diplomatischen Amtstätigkeit geleitet, sondern über eigene Agenten die Verhältnisse im deutschen Reich hindurch lassen, um sich danach eine Meinung über die wahrscheinliche Dauer des bevorstehenden Krieges zu bilden. Was seine Meinung über das Kriegsumgehung durch die Auffassung war, daß der Krieg höchstens ein Vierteljahr dauern, und Großbritannien höchstens 500 Millionen Pfund Sterling, gleich 10 Milliarden Mark, kosten würde. Diese Vorausberechnung, die zu den späteren Katastrophen in speziellem Gegensatz stand, führte ihn wesentlich zur Annahme, daß die deutschen sozialdemokratischen Arbeiterparteien die besten Dienste verrichten und damit das Übergewicht der deutschen Waffen zu Lande lagern würden.

Die Ententestaaten haben die Folgen dieses Irrtums des Ministers Grey auszufüllen gehabt, der sich selbst darüber ausgeprochen hat. Er hat aber an sich selber richtigstellen lassen, indem er sich seiner Verantwortlichkeit für das rote Blutergießen bewußt war. Und die Erkenntnis, daß die Kriegserfolge für sein eigenes Vaterland und für Europa ganz andere waren, als er für möglich gehalten hatte, hat Lloyd Grey auch zur Einsicht gebracht. Keiner der hervorragenden englischen Staatsmänner und auch dazu von französisch-französischer Gesinnung hat die Berliner Regierung jetzt mit solchem Nachdruck zur Wahrung geraten, wie dieser Mitwirkende am Krieg von 1914 es jetzt getan hat.

Lord Grey, der heute 60 Jahre alt ist, beweist damit, daß niemand zu alt ist, um neu zu lernen, falls sein Willen nicht geringer ist, als sein Egoismus. Das kann sich jeder Politiker merken, nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern. Die beste Lebensweisheit, und wenn sie noch so sehr mit triftigen Gründen gefüllt ist, gilt doch nur so lange, als die Tatsachen nicht das Gegenteil beweisen. Lord Grey hat England und den mit seinem Vaterlande verbündeten Staaten einen großen Dienst mit der Herabwürdigung der deutschen Machtstellung zu erwirken gesucht, und hat nun, daß der Riß sich ins Gegenteil zu verkehren droht. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, denn zwischen den Stellen seines Appells an Frankreich ist mehr zu lesen, als er ausgesprochen hat. Der Vertreter der heutigen britischen Regierung hat wohl gewußt, was er tat, als er diese englischen auswärtigen Angelegenheiten Leiters der neuen Richtung empfahl. Das Ministerium Bonar Law kennt also ebenfalls die Grenzen sehr genau, die ihm in der Fremdpolitik mit Frankreich gezogen sind, und die es nicht überschreiten kann, ohne die Interessen der britischen Weltmacht und ihres Welthandels zu verletzen.

Das Jahr 1922 bringt bei seinem Ausgang also meistens die allseitige Erkenntnis, mit Ausnahme noch von Paris, daß Europa und die ganze schaffensfreudige Welt Ruhe brauchen, wenn sie wieder auf einen grünen Zweig kommen sollen.

Eine Weltkonferenz in Washington.

Die Bemühungen der amerikanischen Regierung, eine Lösung des europäischen Problems zu finden, haben sich jetzt zu dem Plan verdichtet, eine Weltkonferenz nach Washington einzuberufen. Sie soll in etwa zwei bis drei Wochen stattfinden, d. h. nach der Ankunft des amerikanischen Vorkriegsleiters in London, Harbord, der in so auffeherregender Weise plötzlich nach Washington beufen worden ist. Man weiß darauf hin, daß die Londoner Zusammenkunft der drei Vorkriegsleiter Harbord, Spanghin (Berlin) und Fletcher (Brüssel) noch zu weitreichenden politischen Konsequenzen führen dürfte.

Von amerikanischer Seite wird jetzt angegeben, daß die deutsche Note, die Bonar Law in England überreicht wurde, vorher Amerika bekannt gegeben ist und daß Amerika sich nicht gegen diese Note ausgesprochen hat, wie dies verschiedene internationalistische französische Zeitungen wissen machen wollten. Es handelt sich bei dem amerikanischen Projekt, wie aus Washington genauer bekannt wird, um eine Anleihe von 6 Milliarden Goldmark (1½ Milliarden Dollars) zu Gunsten Deutschlands, d. h. um eine Zusammenfassung der älteren und jüngeren Anleihen, die dem Reich der Alliierten auferlegt worden sind. Amerika will mit der Zusammenfassung dieser Anleihen zugleich das Reparationsproblem und das Problem der Stabilisierung der Mark lösen. In amerikanischen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß es jetzt die höchste Zeit sei, Deutschland zu helfen. Wahrscheinlich wird aber Amerika vor dem 2. Januar seine bestimmte Beschlüsse nicht, sondern zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Die Höhe der Anleihe Summe scheint übrigens noch nicht ganz festzulegen. Andere Meldungen sprechen nur von einer Milliarde Dollars.

Der deutsche Vorkriegsleiter bei Hughes.

Der deutsche Vorkriegsleiter machte dem Staatsdeparterement einen Besuch. Wie man erzählt, setzte er Hughes die internationalistischen Schwärzereien auseinander, in denen sich Deutschland gegenwärtig befindet und machte für die Zukunft Deutschlands ein recht schwarzes Bild.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Die am Freitag wieder aufgenommenen Interpellationsdebatten in der französischen Kammer hat mit einem Siege Poincarés beendet. Er erhielt ein einfaches Vertrauensvotum mit 512 gegen 70 Stimmen.

Vorher hatte die Regierung insofern einen Misserfolg, als ihr Antrag, die Interpellationsdebatte über den französischen Staatshaushalt zu vertagen, mit 280 gegen 288 Stimmen abgelehnt wurde. Der Interpellationsdebatte ging eine große Rede Poincarés voraus, in der er zuerst auf die Kammer Konjunktur einzog.

Poincaré sprach seine Beziehung darüber aus, daß in Kaufman eine Einigung über die Frage der Währungsreform erzielt worden sei. Er könne auch nicht glauben, daß die Ziele der Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz hätten auf sich nehmen wollen. Coburn beschäftigte er sich mit den Londoner Vorberedungen. Sie seien distanziert gewesen von dem Wunsch, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Auf der Konferenz in London hätten sich die französischen Anschuldigungen über die Reparationsfrage und die internationalen Schulden in seiner Weise geäußert. Nachdem Poincaré die Note der deutschen Regierung vom 13. November analysiert hätte, die für Deutschland ein Moratorium fordert, ohne daß Forderungen gestellt werden, machte er auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen der von Frankreich zu Reparationszwecken bereits vorausgabenden Summe von 100 Milliarden und die Schuldensumme des Reiches besteht, der bei Kriegsende noch höher geschätzt habe. (1) Bei der Regelung der internationalen Schulden mußten daher diese den Vorrang vor denen des Reiches haben. Poincaré verbot, daß Frankreich seine Schuld nicht wohl anerkenne, daß es aber von Paris weg und in der Tat bei gegenwärtig auf keinen Fall gehen könne. Es sei vollkommen unmöglich und unerträglich, die Frage der internationalen Schulden auf Kosten Frankreichs zu legen. Er schloß seine Rede damit, daß er davon überzeugt sei, daß Deutschland hätte im Jahre 1922 750 Millionen Goldmark und für 1450 Millionen Mark Sammlungen leisten müssen, in Wirklichkeit habe es jedoch nur 450 Millionen Goldmark und 800 Millionen Mark geleistet. Die Sachverständigen seien sich einig darin, daß die Blödsinnigkeit von Deutschland erschle, die einer außerordentlichen Aufmerksamkeit zu unterziehen; und es sei nötig, es dazu zu zwingen.

Nach der Rede Poincarés ergrieffen noch mehrere Abgeordnete das Wort, darunter Fardet, der besonders heftig Poincaré auch wegen seiner inneren Politik angriff, ferner Serget und Gerriot.

Bur Lage.

Der Reichspräsident an die Rheinländer. Dem Reichspräsidenten sind in den letzten Tagen zahlreiche Klagen über den Zustand der Rheinländer in den verschiedenen Teilen des Reiches zugegangen, die in Sorge um Leben und Schicksal der Heimat die Reichsregierung bitten, mit aller Kraft den Kampf auf Abtrennung der Rheinlande vom Reich entgegenzutreten. Der Reichspräsident hat diese Zuschriften dahin beantwortet, daß das ganze Reich in gleicher Weise zu den Bewohnern der bedrohten Rheinlande steht und niemals die Hand gelöst werden können, die eine tausendjährige Volksgemeinschaft und Kultur gesamtlich haben.

Reichspräsident an die Provinzialparlamentarier. In seiner letzten Sitzung hat der Provinzialparlamentarier der Provinz Sachsen den Landesparlamentarier Defer im Namen bis auf weiteres beurlaubt. Reichspräsident Defer wird auch während seines Urlaubs die Geschäfte der Provinz Sachsen weiterführen, insbesondere sich den wichtigsten Angelegenheiten der Provinz widmen.

Staatsrat zur Abweisung des Ministeramtes. In seiner letzten Sitzung hat der Staatsrat die Abweisung des Ministeramtes, den „Miesbacher Anzeiger“ und gegen den „Berliner Diktator“ in Stuttgart Strafentwurf wegen Verleumdung gestellt. Die Beschlüsse haben beantragt, der Oberpräsident habe in einer Note in Halle, vollständig betrunken, mit zwei hundert Mann eine Besatzung von 65 000 Mann gemacht. Göring erklärt, daß er die betreffende Note in seinem Leben noch nie betreten habe.

Rein Streitsrecht der Beamten. Der Disziplinardienst in Leipzig hielt Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons eine Sitzung ab. Zur Verhandlung kamen mehrere Fälle von Beamtenrecht. Der Disziplinardienst verneinte das Streitsrecht der Beamten grundsätzlich und stellte fest, daß jeder Beamtenrecht ein Disziplinärvergehen sei, das grundsätzlich die disziplinarische Entlassung zur Folge haben müsse. In den zur Verhandlung stehenden Fällen von sechs Eisenbahnbeamten wurde jedoch nur auf Vergebung erkannt. Die Urteile sind mit dem ausgesprochenen, falls die Statuten der Reichsgesellschaft gerichtlich eingetragen sind, also weder vom Gericht noch von dem zuständigen Polizeipräsidenten beanstandet sind, obwohl aus ihnen zu entnehmen war, daß den Beamten darin ein gewisses Streitsrecht eingeräumt sei.

Sozialdemokratische Interpellation wegen des Urteils im Harden-Prozess. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen des Urteils, das gegen die beiden Altendler an Harden ergangen ist, eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, „ob sie dieses Urteil für vereinbar mit der Rechtslage halte und wie sie die innen- und außenpolitische Wirkung eines solchen Urteils beurteile.“

Reine Volksschönung in Etade und Einbürgerung. Am 18. wurde gemeldet: Der Reichspräsident hat in der Reichstagskammer auf Zustimmung der Reichstagskammer die Abweisung der Reichstagskammer auf Grund des § 18 der Reichsverfassung wurde vom Reichspräsidenten des Innern zurückgewiesen. Die Abweisung mußte auf Grund der gefestigten Vorschriften erfolgen, weil in der zur Abstimmung stehenden Frage die Grenzen des neu zu bildenden Landes nicht bezeichnet und überdies 5000 eigenhändig abgegebene Unterschriften nicht beigetragen waren.

Keine politische Nachrichten.

Hamburg. Der Verein Hamburger Exporteure wendet sich in einem Telegramm an den Reichspräsidenten, das Reichstages erniedrigt gegen die übermäßigen und für den deutschen Exporthandel katastrophalen Bestimmungen des bevorstehenden Ausfuhrerlasses.

München. Der Reichspräsident hat die Reichstagskammer des Reichstages dahin ausgesprochen, daß eine Zusammenlegung bayerischer Ministerien in der letzten Reichstagsperiode nicht möglich sei.

Auslands-Rundschau.

Mussolinis Denkschrift über das Reparationsproblem. Lieber den Inhalt der Denkschrift, welche Mussolini auf der Londoner Konferenz den alliierten Ministern vorgelegt hat, wird folgende offizielle Mitteilung ausgegeben: Der italienische Ministerpräsident hat vor allem auf die Dringlichkeit einer Lösung des Reparationsproblems hingewiesen und betont, daß jede verzögerte Lösung nachteilig werden solle; 2. sei es für Italien absolut unmöglich, auf irgend einem Teil der ihm geforderten Reparationen zu verzichten, wenn nicht Großbritanniens seine Aufgaben an die Alliierten auf irgendeine angemessene Weise regelt. In diesem Falle können auch die Alliierten in der Lage, zugunsten Deutschlands auf einen entsprechenden Teil

im Ganzen gleich darauf mit 28 Mark Gewinn am Paar an den Buchhalter Richard Arneemann in Leipzig, der die Ware mit einem Gewinn von 42 Mark am Paar an das Kriegsfiskusamt abgab. Das Kriegsgericht erkannte gegen den Angeklagten Seiler auf 60000 Mark und gegen den Angeklagten Arneemann auf 100000 Mark Geldstrafe.

Merlei aus aller Welt.

Eine Flajschpost von der „Sommer“. Die Besatzung eines Kochschiffchens hat in der Nähe von Belgland eine Marinepost des Kriegsschiffes „Sommer“ entsetzt. Der Marineoffizier Bieren richtete mit dieser Flajschpost für seine Kameraden und sich selbst Grüße an Hamburg und an seine dort wohnende Frau. Die „Sommer“ ist bekanntlich am 31. Mai 1916 bei Belgland in einem Seegefecht gegen feindliche Uebermacht nebst anderen deutschen Kriegsschiffen untergegangen.

Kirchendiensthaft. In der St. Gerolds-Kirche in Augsburg haben Einbrecher nachts das Allerheiligste aufgefressen und eine einen Meter hohe, mit Gesteinen besetzte Mauer, ein Weiteimer Augsburger Wolfshundschloß aus dem Jahre 1832, sowie andere goldene und silberne Messinggegenstände gestohlen. Der Dieb wurde in Forstheim gefangen, wo nach einige Splitter gefunden wurden.

Was der Brand Smyrnas gekostet hat. Nach Angabe des amerikanischen Handelskonsuls in der Hauptstadt in Usken, Sill, ist bei dem Brande in Smyrna für zehn Millionen Dollar Schaden verzeichnet worden.

Wollenscheit eines D-Syndikats. Wie der Hamburger Kriminalpolizei telegraphisch aus Braunschweig mitgeteilt wurde, ist einem Amerikaner Kaufmann bei Abfuhr des Braunschweiger Auges vom Hamburger Hauptbahnhof von einem Dieb die Brieftasche mit 93000 M. in deutschem Gelde und 400 Dollar in 20 Dollarscheinen entwendet worden. 400 Dollar entsprechen heute etwa 3 Millionen Mark.

Ein neues Höhenflugzeug. Auf dem Flugplatz von Dumville bei Southampton sind die ersten Versuche mit dem größten Flugzeug der Welt gemacht worden. Es ist ein nur mit einem Motor versehenes Flugzeug. Der Motor hat 1000 Pferdekräfte. Der Apparat hat 16000 Pfund Gewicht. Die Schnellsteit des Flugzeuges beträgt 250 Kilometer in der Stunde. Besonders soll ein Bombenflugzeug in Serien hergestellt werden.

Kirchengelände in Frankreich. In Limoges ist die aus dem 13. Jahrhundert stammende berühmte St. Quinotische eingestürzt. Im Mittelbau haben zwei Pfeiler nach, darauf stürzte auch der Hauptturm zusammen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Im Klante-Prozess wurde der Geschäftsführer Maus als Zeuge vernommen. Er war früher Gelehrter und ist durch Betteln mit Klante bekannt geworden. Seine Aussagen lauten für Klante sehr enttäuschend. Er führt Beispiele für die Unaufrichtigkeit an, die er erlebt in seiner Klante gegen Dr. Reichsbach gewisse Nachteile, die darin gipfeln, daß Reichsbach sich unzulässige Nebenberufe verschafft habe. Dr. Reichsbach, der sofort zu diesem Punkte vernommen wurde, erwidert darauf in längeren Darlegungen, um die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Er gibt zu, von etwa 100 000 M. Einzahlungen drei Prozent Provision genommen zu haben und an einem „Verdacht“, den er Klante verkaufte, etwa 1000 M. verdient zu haben.

Der Richter vor dem Staatsgerichtshof. Bei der ersten Verhandlung, die in Bayern auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Weiblichkeitskraft, durchgeführt von dem Staatsgerichtshof in München, der von dem Richter des Staatsgerichtshofes, Angelegenheiten, Martin Bayer, von der Anklage, durch einen Artikel am 27. Juni und durch ein in einer späteren Nummer veröffentlichtes Gebot die Weiblichkeitskraft zu haben, freigesprochen.

Der Richter im Hochverratsprozess. Der am Mittwoch begonnene Prozess vor dem Reichsgericht gegen den Reichstagsabgeordneten Paul Ritter am Obersten Hofgericht hat mit der Freisprechung des Angeklagten geendet. Ein Beweis dafür, daß Ritter Sprengstoffe besorgte und Sprengungen an Reicheseinrichtungen vorgenommen habe, hat sich nach Ansicht des Gerichts nicht erbringen lassen.

Zu der Höhe gefestigt.

Königsberg, 17. Dez. Das der Kohlen-Import- und Aktiengesellschaft gehörige Motorschiff „Hilbert“ geriet auf der Höhe von Willherdt in einen schweren Wirbelsturm. Das Schiff mußte in furchtbarem Zustand von der Mannschaft in zwei Booten verlassen werden. Eines der Boote hat sich 20 Stunden lang an der stürzenden Wehrung entlang treibend auf See gehalten, bis es in der Brandung zerbrach. Ein Schiffsjunge, der in der Nähe von Nidden an das Land gespült wurde, überlebte die Nacht auf dem Unglück. Von dem anderen Boot fehlt bisher jedes Lebenszeichen.

Bei einer Explosion getötet.

Verailles, 17. Dez. Bei einer Explosion in einer Schießpulverfabrik wurde eine Arbeiterin auf der Stelle getötet und vier weitere lebensgefährlich verletzt.

Eine Frau verbrannt.

Paris, 17. Dez. In Verquiere verbrannte eine Witwe, die Mutter von vier Kindern. Als sie am Herd saß, fing ihre Kleider Feuer. In ihrer Angst rannte die Frau aus dem Hause, stürzte aber dann in einen Strohhäuser, der Feuer fing und kam um.

Die deutsche Not.

Eine Kundgebung der Verzeihung. In der neuen Aula der Berliner Universität veranstalteten die deutschen Studenten eine massenhafte Kundgebung gegen die Verkündung des deutschen Volkes. In seiner Begrüßungsrede schilderte Geheimrat Rübner in großen Zügen die verheerende Wirkung der Erfüllungspolitik, den Wägen an Güterverzehrung und Ernährungsmöglichkeiten und die innerlich fortzweifelnde Verarmung, in die vielfach niemand bezweifelnde Gebiete der Provinz, Bayern, Baden, Hoch, Weiblichkeitskraft Prof. Dr. Hiss von der Berliner Universität über den Wiederantritt der Lebenshaltung des

deutschen Volkes“ der Vorsitzende des deutschen Volksvereins Dr. Schickel sprach Dr. Hiss aus und sprach über „Die deutschen Verzeihung am Krankenbett des deutschen Volkes“ und als letzter der Teilnehmer der Stadt Köln Professor Dr. Krauß über „Deutsche Kinder in Not, des deutschen Volkes Schicksalsfrage“.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die deutschen Verzeihung halten es für ihre Pflicht, aus ihren Erklärungen heraus mit allem Nachdruck auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, die dem deutschen Volke infolge der stetig zunehmenden Verelendung drohen. Der Mehrzahl aller Deutschen sind die notwendigen Nahrungsmittel nur noch in völlig ungenügenden Mengen zugänglich. Die Unterernährung, die Wohnungsnot, der Kohlenmangel, die Unmöglichkeit einer genügenden Körperpflege, Sorgen und Entbehrungen aller Art, vermehren nicht nur die Leistungsfähigkeit des Volkes, sondern auch seine Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einwirkungen auf das allerberühmteste. Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und den geringfügigen Kindern geltend machen. Die Tuberkulose greift weiter um sich, Malaria und Malaria breiten sich aus. Storb- und Hungerd- töde sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr kann nicht länger genug eingeschätzt werden: erregt Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Zukunft bedroht.“

Die Entschließung findet an in einem Abdruck an die Reichsregierung und an die gesamte Kulturwelt, die Dinge zu beobachten wie sie sind und sich nicht durch die Verelendung einer dünnen Schicht von Gelehrten blenden zu lassen.

Körpergröße und Geisteskraft.

Verzählige Feststellungen. Im Volksleben herrscht oft die Meinung, daß Körpergröße und geistliche Zurückgebliebenen Kinder dafür um so häufiger seien. Nach den in der Naturwissenschaften mitgeteilten Feststellungen von Schweizer könnte das indessen nur in sehr beschränkter Weise zutreffen, da das kräftige Wachstum eines Kindes gleichzeitige auch einen Gradmesser für seine Gesundheit und seine geistige Entwicklung darstellt. Bleibt ein Kind auffallend im Wachstum zurück, so kann man fast immer annehmen, daß im Körper des Kindes irgend eine Krankheit schlummert, wogegen freilich auch ein vorzeitig voranschreitendes Wachstum kein gutes Zeichen für die Gesundheit ist. In beiden Fällen aber lassen sich die jeweiligen Wachstumserscheinungen in einem gewissen Zusammenhang mit den geistigen Fähigkeiten der Kinder bringen. Der Forscher nahm für seine Untersuchungen zunächst eingehende Messungen an kleinsten Kindern vor; es zeigte sich hierbei, daß fast die Hälfte dieser Kinder blutarm und stroblos war, und daß volle 87 Proz. schlechte Zähne besaßen. Nur 1,7 Proz. der Kinder waren gesund. Bei großgewachsenen Kindern handelte es sich um Kinder, die von ihren Eltern als normal bezeichnet wurden, unter den Kindern, deren Größe das durchschnittliche Altersmaß ihres Altersjahrs übertraf, weit bessere geistige Fähigkeiten beobachtet werden. In ihren Schulzeugnissen besaßen 50 Proz. dieser Kinder die Note gut und nur 11 Proz. die Note schlecht, während von den kleinsten Kindern, deren Größe das Altersmaß nicht erreicht, nur 41 Proz. die Note gut und 16 Proz. die Note schlecht erhalten hatten.

In Bezug auf die Begabung der Kinder wurde festgestellt, daß unter den unentwickeltesten Kindern 46 Prozent kleiner waren als das normale Altersmaß der Körpergröße, während 29 Proz. dieses Altersmaß überschritten hatten. Umgekehrt zeigte sich dann, daß unter den intelligenten Kindern nur 27 Proz. kleiner und 40 Proz. größer waren als das Durchschnittsmaß.

Der Stand der Mortalität.

Es folgte nach den amtlichen Mortalitäten der verschiedenen Städte am 13. 12. 1914

1. Belgischer Stadt	2648	2967	1,67 M.
2. dänische Stadt	143	493	0,30
3. dänische Stadt	1326	1538	1,12
4. dänische Stadt	1718	1990	1,12
5. italienische Stadt	632	869	0,80
6. englische Stadt	2943	3453	2,00
7. Dollar	484	746	4,20
8. französischer Stadt	486	538	0,80
9. schweizerischer Stadt	1216	1396	0,80
10. schweizerische Stadt	189	222	—

Warenumsatz.

Mittagsbörse. (Schluß) Preise für 50 Mio. an Exportwaren: Weizen März 14 700—14 400, Roggen März 13 300 bis 12 900, Korn 13 150—12 850, Sommergerste 11 800 bis 12 800, Hafer März 12 600—12 700, Mais loco Berlin 13 400—13 300, wassergefüllter 12 800—12 600, Weizenmehl (100 Ltr) 10 000—11 300, Roggenmehl (100 Ltr) 9 600—10 000, Weizenklein 7 600—7 800, Roggenklein 7 600 bis 8 000, Naps 23 000—24 000, Viktorienklee 26 000 bis 28 000, kleine Speiseerbsen 23 000—25 000, Bohnen 24 000—26 000, Lupinen kleine 15 000—16 000, gelbe 19 000—21 000, Zerkleinerter 30 000—37 000, Rapskuchen 9 000—9 200, Fremdenmehl 6 000, Kornmehl Mischung 30-70 3500—4 000 Mark.

Rechtliche Eilung des Schöffengerichts in Teuchern

am 15. Dezember 1922.

1. Die Geschlossenenhelfin Maria Dippold in Teuchern hat gefahrliches Gien getan und wurde wegen Fehleri zu 500 M. ev. 10 Tagen Gefängnis bestraft.
2. Der G. Schwirb Alfed Welt aus Guben hat am 6. und 7. Mai 1922 ohne behördliche Erlaubnis öffentlich die Einrichtung zu einem Glücksspiel hergestellt und die Polizeistunde überschritten, a wurde deshalb mit 500 M. Geldstrafe mit 10 Tagen Gefängnis und 300 M. Geldstrafe 5 Tage Haft bestraft. Wegen D. Stellung an dem Kartenspiel „Wachtel“ wurden die Spieler Walter Otto in Purnalt, Kurt Müller in Guben, Max Richter in Guben, K. K. in Guben zu je 500 M. Geldstrafe mit 10 Tagen Gefängnis verurteilt.
3. Der Kroschmogenführer Otto Rebus aus Weisenfels war von dem Amtsvorsteher in Guben mit 600 Mark bis zum 6. d. Monats Haft bestraft worden, weil er, mit seinem Auto am 30. 8. 1922 die geschlossene Ortspolizei

nig durchfahrend während, der Fahrt verbotswidrig die Klappentafel, Motorpfeife, benutzt hatte. Mit seinem Antrag auf gerichtliche Entscheidung hatte er nun insofern Erfolg, daß die Strafe auf 300 M. Geldstrafe 6 Tage Haft ermäßigt wurde. 4. Verurteilt.

5. Das Verfahren gegen den Sparkassen-Spinner Bruno Schenke in Teuchern wegen Verletzung des Bürgermeisters Weismann in Hohenzollern wurde eingestellt, weil der Beschuldigte seinen Strafanspruch zurückzog und der Beschuldigte sich gegen 1 000 Mark als Bürgen an die Kreisbehörde in Hohenzollern zu zahlen. 6. Verurteilt.

Stadterverordnetenversammlung am 17. Dezember.

1. Der Anstellung der Nachvollziehbeamtinnen Burghoff und Gelling wird zugestimmt. Auf eine diesbezügliche Ansetzung aus der Veranlassung hin soll mit Rücksicht auf die bisherige lange Dienstadt bisher Beamter mit der Beamten-Pensionskasse über eine frühere Datierung der Anstellung verhandelt werden.

2. Einem Antrage des Elektrizitätsverbandes entsprechend wird der Preis für elektrischen Strom für Licht auf 180 M. für Kraft auf 115 M. der Kraftwerksleistung festgesetzt; auch wird dem Verbande die Erhebung von 80 Prozent des Strompreises des laufenden Monats als Vorauszahlung für den nächsten Monat zugestanden. Der Verband soll jedoch ungetriggert werden, die schon seit längerer Zeit verpropierte neue Leitung mit möglicher Beschleunigung herzustellen.

3. Die Abrechnung der Stadtparkoffiziere für 1921 wird in Einmahnung auf 14 445 825,61 Mark in Ausgabe auf 14 191 737,45 und einen Bestand von 254 088,16 festgelegt und laut Antrag der Revisoren dem Rekonnten Entlastung erteilt.

4. Einem Magistrats-Beschlusse entsprechend wurde der Sparkasse ein Zuschuß von 44 643,83 M. für das Jahr 1921 gewährt. Nach den Erläuterungen des Bürgermeisters Schiller war der Zuschuß nötig geworden, da jetzt das Gehalt der Sparkassenbeamten, das bisher von der Stadtkasse getragen wurde, von der Sparkasse selbst aufgebracht wird, und da durch die Modernisierung des Kasinos und Angliederung des Giroverkehrs im letzten Betriebsjahre erhebliche Lasten entstanden sind. Die Sparkassenbeamten haben sich jetzt so gestellt, daß für nächstes Jahr ein Zuschuß nicht mehr nötig sein wird.

5. Der Verlängerung der Luftfahrtsicherungsverordnung auf ein weiteres Jahr wird zugestimmt.

6. Der Magistrat beantragt, zum städtischen Neubau an der Bahnhofsstraße 2 Millionen und zum Straßenausbau in der Bildung 600 000 M. in Form einer kurzfristigen Anleihe zu bewilligen. Bürgermeister Schiller bringt zum Ausdruck, daß infolge der fortwährend steigenden Preise für Materialien und Löhne diese Maßnahme trotz der Zuschüsse aus Wohnungsbaubudget, des Kredites und des Bundesbeitrags wahrscheinlich noch nicht die letzte sein wird, da der Bau nicht unter 20 Millionen M. fertiggestellt werden kann. Die Anleihe wurde genehmigt.

7. An Zuschüssen zu den Realisierungen bringt der Magistrat in Vorschlag 50 000 Prozent zur Grundsteuer, 4200 Prozent zur Gewerbesteuer Klasse I und II, 3500 Prozent Klasse III und IV, 3000 Prozent zur Gebäudesteuer und 2000 Proz. zur Betriebssteuer. Bei den Verhandlungen mit der Grundbesitzerkammer war von letzterer angefragt worden, die Grundbesitzerkammer auf 4500 Proz. zu erhöhen und es sei den von d. Gewerbetreibenden vorgelegten Zahlen zu belassen. Dies wurde jedoch vom Mag. mit Rücksicht auf die nicht gut finanzierten Haushalte und Erhebung der Wohnungsnot abgelehnt. Die Landbesitzerkammer hat die in Antrag gebrachten 50 000 Prozent Zuschlag als viel zu hoch bezeichnet. Von Magistratsseite wurde hingegen darauf hingewiesen, daß die Grundsteuer, die seit 60 Jahren nicht geändert sei, unter den heutigen Ertragsverhältnissen den Zuschlag betragen könne. — Eine längere Ansprache rief die Verlesung des Magistratsantrages hervor. Es wurde von der kommunikativen und der U. S. Fraktion den Gewerbetreibenden der Vorschlag gemacht, früher einen Gewerbesteuerzuschlag von 4000 Prozent zugestimmt zu haben, dann jedoch, als durch einen Stadterverordnetenbeschluss zur Unterfertigung der Armen 200 000 Mark aufzubringen waren, die hierzu benötigten weiteren 200 Prozent Zuschlag beläufig zu haben. Gleichzeitig ist jedoch von ihnen, unter Nichtbeachtung der städtischen Wohlthätigkeitskommission, eine Sammlung und Verteilung von Naturalien und Geld im Werte von 1 Million M. vorgenommen und ein eigenes Hilfswort zustande gebracht, das seiner Ausführung nach als eine Hilfe gegen die städtischen Verhältnisse angesehen sei. Es kam hierbei eine, teilweise in sehr scharfen Ausdrücken gehaltenen Erklärung der kommunikativen Fraktion zur Verlesung. Bürgermeister wurde darauf hingewiesen, daß das Hilfswort nur aus dem Wunsch entstanden sei, den Armen eine Unterstützung zu bereiten, ohne irgend eine beherrschende Macht gegenüber den städtischen Verhältnissen. — Am Schluß der Versammlung wurde die vom Magistrat vorgetragene Zuschläge angenommen.

8. Das städtische Krankenhaus erfordert, z. B. denartige Zuschüsse, das eine Weiterführung unmöglich ist. Das Schwestern-Mutterhaus in Hohertzberg verlangt Naturalien im Betrage von 500000 Mark, hierzu kommen noch die Lasten für die Station, Heizung, Beleuchtung usw., sodas mit Rücksicht auf die geringe Belegung (2—3 Kranke) die Erhaltung außerordentlich unrentabel ist. Der dem Kreise unterbreitete Vorschlag, das Krankenhaus zu übernehmen, fand nicht die Zustimmung der Kreisbehörde. Es soll nunmehr dem Kreise nahegelegt werden, das Krankenhaus unentgeltlich zu übernehmen, der Stadt hierfür jedoch ein 4 Familienwohnhaus zur Verfügung zu stellen. Verhört sich der Kreis auch hierzu abschlägig, dann soll das Krankenhaus aufgelöst und das Gebäude zu einem Wohnhaus für 6 Familien umgebaut werden.

Auf Anfrage aus der Versammlung wurde mitgeteilt, daß der Lohn der städtischen Arbeiter vermindert ist unzulässig auf ca. 2500 M. beläuft.

Bezüglich der Mietzuschläge in der Stadt Teuchern hat der Magistrat einen 600prozentigen Zuschlag beschlossen. Letzterer ist jedoch vom Regierungspräsidenten beanstandet worden und schwebt hiertüber noch Verhandlungen.

Bekanntmachung.

Die für die Zeit vom 4. bis 17. Dez. ds. Jrs. angegebene V. amorgen mit dem schwarz aufgedruckten Nr. 182 beruhen am 17. d. Mts. ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Marken nicht mehr annehmen. Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens Donnerstag, den 21. Dezember bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Die Bäcker und Mehlhändler werden ausdrücklich darauf hingewiesen, verfallene Marken nicht mehr anzunehmen, da hierfür Mehl nicht mehr verovwagt wird.

Weißenfels, den 15. November 1922.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Getreide- und Mehlstelle.

Bereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender in Leuchern und Umgegend E. V.
Mittwoch, den 20. Dezember abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im „Gasthof zum grünen Baum“.

Tagesordnung:

1. Fortbildungsschule und Wahl von 2 Mitgliedern und 2 Stellvertretern.
2. Kreishandwerkerlohn und Wahl des 1. Vertretensmannes.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Geschäftliches und Anträge.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Christbäume

treffen bestimmt Mittwoch Nachmittags ein

Franz Rupsch.

Alfa



Separator
40 Jahre
erfahrenster
Kontinental-
verkauf

Alfa - Separator

wichtigste, notwendige Maschine für jeden Landwirt:

Eisern

Höchste Butterausbeute; feinste Qualität.

Süße Wagemilch; bestes Anzuchtmittel.

Gehäufige Alfa-Agentur:
Otto Göhring, Teuchern
über 1000 Höchste Preise.

Carl Hoffmann

Rosinen, Corinthen, Mandeln süß u. bitter, schmelz-Margarine, Citronat, Mandel-, Citronen-Oel, Rum-Arrac-Essenz, Vanille - Stangen, Pfefferkuchen-Artikel, Puder-Würfel-Zucker, frisch gebrannten Kaffee, Cognac, Weinbrand - Verschnitt, Jamaika - Rum, Rot, Weiss u. Obst-Wein, Likör.

Bettwäsche,

Büschelstoffe, Kissen, Handtücher, Zulett, Tischtücher mit Servietten kaufen Sie stets am besten bei den

Berliner Bettwäsche - Fabriken

Verkaufsstelle: Halle, Ludwig-Wuchererstraße 28

Die schönste Zierde!

Ein schönes, volles Haar erhält man durch Hippolds orientalische Haarwuchs-Creme. Sie verhindert sofort den Ausfall der Haare, beseitigt Schuppen und Schinnen und fördert den Haarwuchs rapid. Bestes Haarpflegemittel.

Allein-Verkauf H. Pohle, Centraldrogerie.

Kalender 1923

zu haben bei **Otto Lieferenz.**

Eine Dampfmaschine mit versch. Modell

preiswert zu verkaufen. Näheres in der Gesch. d. Bl.

Gasthof zum grünen Baum.

Sonntag den 1. Weihnachtstielertag
Gesangskonzert

bestehend aus Gemischtem Quartett, Gesangs- und humoristischen Vorträgen.
Ausgeführt von **Arbeiter-Sängern** zu Teuchern.

Wom wir die Einwohnerschaft höflichst einladen **der Vorstand,** **der Wirt.**

Sämtliche Postanstalten

und Briefträger nehmen nun Bestellungen auf den „Wöchentlichen Anzeiger“ für den Januar Monat 1923 entgegen. Wir bitten darum unsere verehrlichen

Postabonnenten,

welche ihr Abonnement bisher noch nicht erneuert haben, dies nunmehr schleunigst bewirken zu wollen, um unbeschämten Unterbrechungen in der Zustellung des „Wöchentlichen Anzeigers“ vorzubeugen.

Ferd. Gresse

**Eisenkurzwaren
Colonialwaren Weine
Spirituosen.**

Auch in heutiger Zeit in allen Artikeln.

**Preiswürdigkeit
Qualitäten
Auswahl.**

Särge

in jeder Ausführung und Preislage hält am Lager

E. Meißner, Tischlermstr.

**Christbaum-kerzen,
Christbaum-Schmuck,
Lichthalter, Ruchhalter,
Eislametta, Engelshaar,
Wunderkerzen, Christbaumwatte**
empfehl

Drogerie Curt Gize.

Dien Sie besorgen Ihren Bedarf.

Bitte beachten Sie mein Schaufenster.

DRUCKSACHEN

jeder Art

für Geschäfts- und Privatbedarf in schwarz, bunt und Kopierfarbe fertigt billigst an

Buchdruckerei von **Otto Lieferenz**
Teuchern
Zeltzerstrasse 10.

Kreisarbeitsnachweis
Teuchern.

Amliche Meld-stelle für alle offene Stellen. Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂ - 1 Uhr.

Gesucht werden:

2 Mädchen von 15-17 Jahren in die Landwirtschaft, 2 Hausmädchen von 14-16 Jahren, Tischbauhauer, 1 Lokomotivführer und 1 Schachtmeister aber nur mit zwei Jahre zurückliegenden Papiere, 14-16jährige Burschen in die Landwirtschaft, 2 Zimmerleute die auf Beton gearbeitet haben nach Schließen, Magd von 15 bis 17 Jahren zum 1. Januar.

Stellen suchen:

2 Hausmädchen, 1 Aufwartefrau, Maurer, Zimmerleute, 1 Schneider, ältere Magde, Landarbeiterfamilien, Arbeiter, jugendliche Arbeiter von 16-20 Jahren.

20 000 Mk. Belohnung.

Aus einem Gehaltsraum der Grube von Böh ist ein **lederner Geldbeutel** von 9 m. Länge, 12 cm. Breite und 6 mm. Stärke gestohlen worden. Wir sichern obige Belohnung von 20 000 Mk. demjenigen zu, der uns den Dieb so namhaft macht, daß er gerichtlich belangt werden kann. Kommen mehrere Personen für die Belohnung in Frage, so behält sich die Unterzeichnete die Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

Die Grubenverwaltung von Böh der A. Niebeck'schen Montanwerke Aktiengesellschaft.

Ab 1. Januar 1923 zahlen wir für **Spareinlagen 8% Zinsen**
Ländliche Spar- und Darlehnskasse Teuchern
e. G. m. b. H.
A. Brähm, A. Zimmermann, O. Marggraf.

höhere Preise

wie bisher zahlt für **sämtliche Sorten Felle und Schafwolle**
Güth. Bendenstein, Gartenstr. 7.

Regehühner

Einen Stamm laufe **Fischweilfabrik Teuchern, Inh. v. H. Wendler**

Zimmer

oder einfaches möbliert, zu erst. in der Exped. d. Bl.

Achtung!

Reparaturen an **Schuhwerk** nimmt entgegen **Probierstr. 12, Teuchern.**

Chrysanthem

und **Lopfpflanzen** in verschiedenen Sorten empfiehlt preiswert **G. Lantzsch, Gartenbaubetrieb, Ferenz 379.**

Engelgelenk-Puppe

mit echtem Haar, ist preiswert zu verkaufen. Näheres in der Gesch. d. Bl.

Sportwagen

steht zu verkaufen. Zu erst. in der Gesch. d. Bl.

Schweine

hat abzugeben **Landmann, Renth.**

Nähmaschine

gut erhalten, zu verkaufen. **H. Gäbler.**

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Korpuszeile 10.— M., Rahmenzeile 20.— M.

Monatlicher Bezugspreis: Druck und Papier 125.00 M.,
von anderen Seiten des Anzeigers 130.00 M.,
Einzelnummer 11.00 M.

Abbestellungsfrist: Die Abbestellfrist dieses Anzeigers, bezogen auf den 10. des Monats, beträgt 9 Tage. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Bezugsfrist: Die monatliche Ausgabe dieses Anzeigers erfolgt am 10. des Monats, bezogen auf den 10. des Monats, und von anderen Seiten des Anzeigers am 11. des Monats.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Sonntag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Autorisierter Vertriebsauslass für die Stadt Teuchern.

Nr. 148

Dienstag, den 19. Dezember 1922

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

Der Reichstag hat in die Weihnachtstagen; er wird zwischen dem 16. und 17. Januar wieder zusammentreten.

America beschäftigt, in etwa 2-3 Wochen eine Weltkonferenz nach Washington einzuberufen.

Poincaré erzieht von der Kammer ein einfaches Vertrauensvotum.

Das englische Parlament wurde mit einer Vorladung des Königs geschlossen.

Oberpräsident Höpfer hat gegen die „Salleche Zeitung“ gegen den „Niesbacher Anzeiger“ und gegen den „Berliner Sottorotti“ in Stuttgart Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

In Moskau wurde die russisch-amerikanische Handelskonferenz eröffnet.

Der Kaiser ist an der Berliner Seite bis auf 634 Meil.

Lord Grey kennt um.

Im letzten Monat Juli 1914 war der englische Minister des Auswärtigen, Grey, einer der eifrigsten Kriegsbekämpfer; er war der Mann, der am 29. Juli das entscheidende Wort zu den Britischen Kabinettsmitgliedern und Außenbüros sprach: „Wenn diese beiden Staaten in den Krieg gegen Deutschland eintreten, wird England nicht zurückbleiben.“ Danach waren alle weiteren Verhandlungen aus Berlin, den Frieden zu erzielen, umsonst.

Sir Edward Grey, der während des Krieges wegen eines schweren Augenleidens von seinem Posten zurücktrat und zum Lord ernannt wurde, hat nicht nur die Kriegsvorbereitungen der Entente in den langen Jahren seiner diplomatischen Amtstätigkeit geleitet, sondern durch eigene Agenten die Verhältnisse im deutschen Reich hinter den Kulissen kennen gelernt, um sich danach eine Meinung über die tatsächliche Dauer des bevorstehenden Krieges zu bilden. Aus seinem Munde, oder doch aus seiner Umgebung rührt die Auffassung her, daß der Krieg höchstens ein Vierteljahr dauern, und Großbritannien höchstens 500 Millionen Pfund Sterling, gleich 10 Milliarden Mark, kosten würde. Diese Vorausberechnung, die zu den späteren Enttäuschungen in freierem Besonderen hand, führte sich wesentlich auf die Annahme, daß die deutschen sozialdemokratischen Arbeitergruppierungen den Kriegsdienst verweigern und damit das Uebergeheim der deutschen Waffen zu Lande lahm legen würden.

Die Ententestaaten haben die Folgen dieses Irrtums des Ministers Grey auszufüllen gehabt, der sich selbst darüber ausgehört hat. Er hat aber an seiner prinzipiellen Feindschaft gegen Deutschland festgehalten, weil er sich seiner Verantwortung für das arme Blutvergießen bewußt war. Und die Erkenntnis, daß die Kriegsvorgänge für sein eigenes Vaterland und für Europa ganz andere waren, als er für möglich gehalten hatte, hat Lord Grey auch zur Einsicht gebracht. Reiner der hervorragenden englischen Staatsmänner und noch dazu von französisch-englischer Gesinnung hat die Pariser Regierung jetzt mit solchen Nachsicht zur Mäßigung geraten, wie dieser Mitgefühl am Krieges von 1914 es jetzt getan hat.

Lord Grey, der heute 60 Jahre alt ist, beweist damit, daß niemand zu alt ist, um neu zu lernen, falls sein Willen nicht geringer ist, als sein Gehirn. Das kann sich jeder Politiker merken, nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern. Die beste Heberzeugung, und wenn sie noch so sehr mit triftigen Gründen gestützt ist, gilt doch nur so lange, als die Tatsachen nicht das Gegenteil beweisen. Lord Grey hat England und den mit seinem Vaterlande verbündeten Staaten einen großen Dienst mit der Herabwürdigung der deutschen Nachhaltung zu erweisen gesucht, und hat nun, daß der Nutzen sich ins Gegenteil zu verkehren droht. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, denn zwischen den Feilen seines Appells an Frankreich ist mehr zu lesen, als er ausgesprochen hat. Der Vertreter der heutigen britischen Regierung hat wohl gewußt, was er tat, als er diese Behauptungen des ehemaligen langjährigen Leiters der englischen auswärtigen Politik nach Frankreich zur genauen Beachtung empfahl. Das Ministerium Bonar Law kennt also ebenfalls die Grenzen sehr genau, die ihm in der Fremdpolitik mit Frankreich gezogen sind, und die es nicht überschreiten kann, ohne die Interessen der britischen Weltmacht und ihres Welt Handels zu verletzen.

Das Jahr 1922 bringt bei seinem Ausgang also wenigstens die allseitige Erkenntnis, mit Ausnahme noch von Paris, daß Europa und die ganze schiffensfreundliche Welt Ruhe brauchen, wenn sie wieder auf einen gelassenen Weg kommen sollen.

Eine Weltkonferenz in Washington.

Die Verhandlungen der amerikanischen Regierung, eine Lösung des europäischen Problems zu finden, haben sich jetzt zu dem Plan verläßt, eine Weltkonferenz nach Washington einzuberufen. Sie soll in etwa zwei bis drei Wochen stattfinden, d. h. nach der Ankunft des amerikanischen Botschafters in London, Harber, der in so aufsehenerregender Weise plötzlich nach Washington berufen worden ist. Man weiß darauf hin, daß die Londoner Zusammenkunft der drei Botschafter Harber, Poincaré (Berlin) und Bristow (Brüssel) noch zu weitreichenden politischen Konsequenzen führen dürfte.

Von amerikanischer Seite wird jetzt angegeben, daß die deutsche Note, die Bonar Law in England überreicht wurde, vorher America bekannt gewesen ist und daß America sich nicht gegen diese Note ausgesprochen hat, um dies verhängnisvolle imperialistische französische Bestrebungen nicht zu unterstützen. Es handelt sich bei dem amerikanischen Projekt, wie aus Washington genauer bekannt wird, um eine Anleihe von 6 Milliarden Goldmark (1 1/2 Milliarden Dollars) zu Gunsten Deutschlands, d. h. um eine Zusammenfassung der älteren und jüngeren Anleihen, die das Reich den Alliierten aufzahlen mußte. America



hat sich für keinen anderen Zweck als zur Lösung der Londoner Vorbereitungen. Es seien die Interaktion zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Auf der Konferenz in London hatten sich die französischen Forderungen über die Reparationsfrage und die interalliierten Schäden in seiner Höhe gewandelt. Nachdem Poincaré die Note der deutschen Regierung vom 13. November analysiert hatte, die für Deutschland ein Maximum forderte, ohne daß Poincaré dafür geboten werden, möchte er auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen der von Frankreich zu Reparationsleistungen bereits versprochenen Summe von 100 Milliarden und auf Seiten Frankreichs zu zahlen ist, die den Krieg von Hause gebühren habe. (1) Bei der Regelung der interalliierten Schäden müßten daher diese den Vorrang vor denen des besetzten Gebietes haben. Poincaré verweigerte, daß Frankreich seine Schuld nicht anerkenne, daß es aber von Reichs wegen und in der Tat sie gegenwärtig auf keinen Fall zahlen könne. Es ist vollkommen unmöglich und unerträglich, die Frage der interalliierten Schäden auf Seiten Frankreichs zu regeln, falls seine Note damit, daß er daran erinnere, Deutschland hätte im Jahre 1922 750 Millionen Goldmark und für 1450 Millionen Mark Zahlungen leisten müssen, in Betracht gezogen. Es ist jedoch nur 450 Millionen Goldmark und Zahlungen abzugeben. Alle Sachverhältnisse seien sich einig darin, daß die Notwendigkeit von Deutschland erhebe, sich einer außerordentlichen Unterstützung zu unterziehen; und es ist nötig, es dazu zu zwingen.

Nach der Note Poincarés ergreifen noch mehrere Abgeordnete das Wort, darunter Fardein, der besonders heftig Poincaré aus wegen seiner inneren Politik angriff, ferner Fergeot und Herriot.

Bur Lage.

Der Reichspräsident an die Rheinländer. Dem Reichspräsidenten sind in den letzten Tagen zahlreiche Kundgebungen von Vereinigungen der Rheinländer in den verschiedenen Teilen des Reiches zugegangen, die in der Sprache um Leben und Schicksal der Heimat die Reichspräsidenten bitten, mit aller Kraft den Plänen auf Abtrennung der Rheinlande vom Reich entgegenzutreten. Der Reichspräsident hat diese Zuschriften dahin beantwortet, daß das ganze Reich in gleicher Weise zu den Bewohnern der bedrückten Rheinlande steht und niemals die Wunde gelöst werden können, die eine langandauernde Volksgemeinschaft und Kultur geschmiedet haben.

Anlass zur Ansichtigung des Ministerkabinetts. In seiner letzten Sitzung hat der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen den Landeshauptmann Defer infolge seiner Ernennung zum Reichsminister des Innern bis auf weiteres beurlaubt. Reichsminister Defer wird auch während seines Urlaubs die Geschäfte der Provinz Sachsen weiterführen, insbesondere sich den wirtschaftlichen Angelegenheiten der Provinz widmen.

Stratonschiff zurückgekehrt. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Höpfer, hat gegen die „Salleche Zeitung“, den „Niesbacher Anzeiger“ und gegen den „Berliner Sottorotti“ in Stuttgart Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Befragten haben bedauert, den Oberpräsidenten habe in einer Rede in Halle, vollständig betrunken, mit zweifelhaften Namen eine Rede von 65 000 Mark gemacht. Höpfer erklärt, daß er die betreffende Rede in seinem Leben noch nie betreten habe.

Sein Streittreter der Beamten. Der Disziplinardirektor in Leipzig hielt Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Dr. Simons eine Sitzung ab, zur Verhandlung fanden mehrere Fälle von Beamtenverfehlungen. Der Disziplinardirektor verneinte das Streittrecht der Beamten grundsätzlich und stellte fest, daß jeder Beamtenverfehlung ein Disziplinargericht sei, das grundsätzlich die disziplinarische Entlassung zur Folge haben müsse. In der zur Verhandlung stehenden Fällen von sechs Eisenbahnbeamten wurde jedoch nur auf Vergebung erkannt. Die Urteile sind nicht ausgefallen, weil die Statuten der Reichsgewerkschaft gerichtlich eingetragene sind, also weder vom Gericht noch von dem zuständigen Polizeipräsidenten beanstandet sind, obwohl aus ihnen zu entnehmen war, daß den Beamten durch ein gewisses Streittrecht eingeräumt sei. Sozialdemokratische Interpellation wegen des Urteils im Gabeln-Brot. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen des Urteils, das gegen die beiden Attentäter an Gabeln ergangen ist, eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob sie dieses Urteil für vereinbar mit der Reichsflagge halte und wie sie die innen- und außenpolitischen Interessen eines solchen Urteils beurteile.

Schneefeldbesuchung in Stade und Hainburg. Am 18. d. M. wurde der Antrag der Deutschhannoverschen Partei auf Zulassung einer Vorabstimmung in der preussischen Regierungsbezirke Stade und Hainburg auf Grund des § 18 der Reichsverfassung wurde vom Reichsminister des Innern zurückgewiesen. Die Abweisung mußte auf Grund der gefälligen Beschlüsse erfolgen, weil in der zur Abstimmung stehenden Frage die Grenzen des neu zu bildenden „Landes“ nicht bezeichnet und überdies 5000 eigenhändig abgegebene Unterschriften nicht beigebracht waren.

Keine politische Nachrichten. Hamburg. Der Verein Hamburger Exporteure wendet sich in einem Telegramm an den 24er Ausschuss des Reichstages bezüglich gegen die Unterabteilung und für den deutschen Exporthandel katastrophalen Bestimmungen des bevorstehenden Ausgleichsvergenges.

Wittichen. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat sich mit Mehrheit dahin ausgesprochen, daß eine Zusammenlegung bayerischer Wittichen in der letzten unteren Instanz immer noch nachdringlicher Aufgaben des Staates noch nicht möglich ist.

Auslands-Rundschau.

Wittichen. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat sich mit Mehrheit dahin ausgesprochen, daß eine Zusammenlegung bayerischer Wittichen in der letzten unteren Instanz immer noch nachdringlicher Aufgaben des Staates noch nicht möglich ist.

Wittichen. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat sich mit Mehrheit dahin ausgesprochen, daß eine Zusammenlegung bayerischer Wittichen in der letzten unteren Instanz immer noch nachdringlicher Aufgaben des Staates noch nicht möglich ist.